

Niederschrift

über die 20. Sitzung des Kreisausschusses des Landkreises Coburg des Landkreises Coburg am Donnerstag, 17.02.2011 - 10:00 Uhr –
im Sitzungssaal des Landratsamtes in Coburg, Lauterer Str. 60 (Raum E 30)

Zahl der Mitglieder des Kreisausschusses: 13

Anwesend:

Landrat Michael Busch, Ebersdorf b. Coburg, als Vorsitzender

aus der Fraktion der CSU/LV:

Kreisrätin Christine Heider, Ahorn
Kreisrat Rainer Marr, Sonnefeld
Kreisrat Michael Möslein, Großheirath
Kreisrat Jürgen Petrautzki, Neustadt b. Coburg
Kreisrat Gerhard Preß, Rödental

aus der Fraktion der SPD:

Kreisrat Wolfgang Dultz, Ahorn
Kreisrat Georg Hofmann, Neustadt b. Coburg
Kreisrat Thomas Lesch, Rödental
Kreisrat Frank Rebhan, Neustadt b. Coburg

aus der Fraktion der FW

Kreisrat Hendrik Dressel, Seßlach,
nachmittags vertreten von Kreisrat Christian Gunsenheimer, Weitramsdorf
Kreisrat Gerold Strobel, Bad Rodach

aus der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN (GRÜNE)

Kreisrat Bernd Lauterbach, 96242 Sonnefeld

weitere Anwesende

Ulrike Stadter während der ganzen Sitzung und als Berichterstatterin zu NÖ 6
Christian Körner während der Sitzung
Dieter Pillmann während der ganzen Sitzung und als Berichterstatter zu Ö 12 und NÖ 7
Gerhard Lehrfeld während der ganzen Sitzung und als Berichterstatter zu Ö 9 und Ö 12
Manfred Schilling während der ganzen Sitzung und als Berichterstatter zu Ö 10
Hans-Joachim Knauer als Berichterstatter zu Ö 9
Matthias Aust als Berichterstatter zu Ö 9
Andrea Aust als Berichterstatterin zu Ö 10
Ralph Wöhner als Berichterstatter zu Ö 11
Brigitte Keyser als Berichterstatterin zu Ö 11
Marco Steiner als Berichterstatter zu Ö 12 und NÖ 7
Wolfgang Sommer als Berichterstatter zu Ö 13
Stefan Hinterleitner als Berichterstatter zu Ö 14
Margot Czaplinski zur Schriftführung

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
4. Genehmigung der Niederschrift über die 19. Sitzung des Kreisausschusses des Landkreises Coburg am 09.12.2010
5. Sachstandsbericht über den Vollzug der Beschlüsse aus der vorherigen Sitzung des Kreisausschusses
6. Bekanntgabe der vom Landrat aufgrund des Art. 34 Abs. 3 LKrO seit der letzten Sitzung getroffenen dringlichen Anordnungen und der zwischenzeitlich besorgten unaufschiebbaren Geschäfte
7. Sonstige amtliche Mitteilungen
8. Vorbereitung der Sitzung des Kreistages des Landkreises Coburg am 24.02.2011
Berichterstatter zu TOP Ö 1 bis Ö 8: Vorsitzender
9. Investitionsprogramm 2010 - 2014 des Landkreises Coburg
Berichterstatter: Herr Lehrfeld, Herr Knauer, Herr Wöhner, Herr Aust
10. Staatliche Realschule Coburg II;
Umbau, Erweiterung und Generalsanierung - erste Kostenschätzung und Ermächtigung zur Auftragsvergabe für die Zweifachsporthalle
Berichterstatter: Frau Aust, Herr Schilling
11. Planung einer gemeinsamen Mensa der Staatlichen Realschule Neustadt und des Staatlichen Arnold-Gymnasiums Neustadt
Berichterstatter: Frau Keyser, Herr Wöhner
12. Beratung des Haushaltsplanes 2011 (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt) und der Haushaltssatzung 2011
Berichterstatter: Herr Lehrfeld, Herr Pillmann, Herr Steiner
13. Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts;
Resolution des Landkreises Coburg gegen das neue Abfallrecht
Berichterstatter: Herr Sommer

14. Verkehrspolitisches Positionspapier der Region Coburg;
Strategiepapier zu den verkehrspolitischen Positionen in Stadt und Landkreis Coburg als Argumentationsgrundlage in überregionalen Kooperationen,
wie z.B. der Europäischen Metropolregion Nürnberg

Berichterstatter: Vorsitzender, Herr Hinterleitner

15. Anfragen

Zum öffentlichen Teil der Sitzung

Zu Ö 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Kreisausschusses, der bis TOP Ö 11 gemeinsam mit dem Bauausschuss tagt, um 10.00 Uhr.

Zu Ö 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Mitglieder des Kreisausschusses unter dem 07.02.2011 ordnungsgemäß zur heutigen Sitzung geladen wurden.

Zu Ö 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt fest, dass zu Beginn der Sitzung außer dem Vorsitzenden 12 Mitglieder des Kreisausschusses anwesend sind; der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

Zu Ö 4 Genehmigung der Niederschrift über die 19. Sitzung des Kreisausschusses des Landkreises Coburg am 09.12.2010

Die Niederschrift über die 19. Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2010 steht allen Mitgliedern des Kreistages über das Ratsinformationssystem zur Verfügung. Einwendungen dagegen werden aus Reihen des Kreisausschusses nicht erhoben; die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

Zu Ö 5 Sachstandsbericht über den Vollzug der Beschlüsse aus der vorherigen Sitzung des Kreisausschusses

zu Ö 11

Kinderkrippe des Krankenhausverbandes im Klinikum Coburg;
Umlage zur Komplementärförderung

Kreiskämmerer Gerhard Lehrfeld gibt bekannt, dass der auf den Landkreis Coburg entfallende Betrag von 138.415,30 € noch im Dezember an den Krankenhausverband überwiesen worden sei.

zu Ö 13

Einrichtung und Betrieb einer örtlichen Erhebungsstelle mit der Stadt Coburg zur Durchführung des Zensus 2011

Geschäftsbereichsleiter Dieter Pillmann teilt mit, dass die Zweckvereinbarung am morgigen Freitag von Landrat Michael Busch und Oberbürgermeister Kastner unterzeichnet werde.

Zu Ö 6 Bekanntgabe der vom Landrat aufgrund des Art. 34 Abs. 3 LKrO seit der letzten Sitzung getroffenen dringlichen Anordnungen und der zwischenzeitlich besorgten unaufschiebbaren Geschäfte

entfällt

Zu Ö 7 Sonstige amtliche Mitteilungen

- Nichts Neues zu berichten gäbe es zum Thema Verkehrslandeplatz, so der Vorsitzende. Die nächste Sitzung der Projektgruppe finde am 28.03.2011 statt.
- Weiter weist Landrat Michael Busch darauf hin, dass die Sitzung des Kreisausschusses am 05.05.2011 voraussichtlich im Arnold-Gymnasium Neustadt stattfinden wird. Vor der Sitzung ist die Einweihung der neuen Sporthalle geplant.
- Abschließend gibt der Vorsitzende bekannt, dass ORR Ehrenfried Rybka auch nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst für das Landratsamt tätig gewesen sei und in einer Verwaltungsstreitsache wegen örtlicher Zuständigkeit und Kostenerstattung einen Betrag von 183.915,43 € erfolgreich für den Landkreis Coburg erstritten habe. Landrat Michael Busch werde ihm auch im Namen des Kreisausschusses ein offizielles Dankschreiben zukommen lassen.

Zu Ö 8 Vorbereitung der Sitzung des Kreistages des Landkreises Coburg am 24.02.2011

Der Vorsitzende gibt die in öffentlicher Sitzung zu behandelnden Tagesordnungspunkte der Kreistagssitzung am 24.02.2011 bekannt.

Zu Ö 9 Investitionsprogramm 2010 - 2014 des Landkreises Coburg

Sachverhalt:

Nach Art. 64 LKrO hat der Landkreis seiner Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Kernstück der Finanzplanung ist ein Investitionsprogramm, das jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuführen ist. Im Investitionsprogramm sind die im Planungszeitraum vorgesehenen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nach Jahresabschnitten aufzunehmen. Jeder Jahresabschnitt soll die fortzuführenden und neuen Investitionen mit den auf das betreffende Jahr entfallenden Teilbeträgen wiedergeben (§ 24 Abs. 2 KommHV).

Letztmals am 04.03.2010 hat der Kreistag ein Investitionsprogramm für die Jahre 2009 – 2013 beschlossen.

Den gesetzlichen Vorschriften entsprechend wurde dieses letzte Programm überarbeitet und neu gefasst. Gründe für Veränderungen oder Abweichungen zur früheren Planung sind:

- a) Wegfall des Finanzplanungsjahres 2009 und Neuerfassung des Jahres 2014
- b) Wegfall oder Neuaufnahme oder Umplanung von Maßnahmen
- c) Verschiebung von Maßnahmen innerhalb der Finanzplanungsjahre
- d) neue Erkenntnisse über die Kostenhöhe (z. B. durch Vorlage von konkreten Planungsunterlagen etc.)

Mit Ausnahme der Zuschüsse ist über die Finanzierung der einzelnen Vorhaben im Investitionsprogramm nichts ausgesagt. Es steht jedoch außer Zweifel, dass sie im Zusammenhang mit dem Gesamthaushalt und der Leistungsfähigkeit des Landkreises (und seiner Städte und Gemeinden) gesehen werden muss und auch unter dem Gesichtspunkt des Einsatzes von Fremdmitteln (s. auch Finanzplan).

aus der Beratung:

Kreiskämmerer Gerhard Lehrfeld berichtet über die finanzielle Situation des Landkreises, über Umlagekraft und Hebesätze und vergleicht diese mit dem oberfränkischen und dem Landesdurchschnitt.

Der Bericht ist als Anlage 1 dieser Niederschrift beigelegt.

Landrat Michael Busch weist eingangs der Detailberatungen darauf hin, dass eine Aussprache zu den Positionen 42, 49 und 62 in nichtöffentlicher Sitzung stattfinden wird, die er nach Abschluss der Beratungen zum Investitionsprogramm vorsieht.

Aus den Einzelberatungen des Investitionsprogramms ist Folgendes festzuhalten:

Ifd. Nr. 4 - Beschaffung von Arbeitsgeräten und Maschinen (EDV für Verwaltung)

Der HH-Ansatz wird von 210.000 € um 58.000 € auf 152.000 € gekürzt. Es besteht Einverständnis, dass Pos. 14 der Vorhabensliste (Zuschuss Notebooks für den Kreistag) mit 12.000 € durch die Kürzung entfällt. Die Realisierung der darüber hinausgehenden Einsparung von 46.000 € bleibt der Verwaltung überlassen.

Der Verwaltung wird aufgegeben, beim Verkauf von Altgeräten oder sonstigen beweglichen Vermögenswerten einen bestmöglichen Erlös zu erzielen, sofern die Geräte noch genutzt werden können.

Ifd. Nrn. 6 und 7

sind in Kombination auszuschreiben, um ein günstigeres Angebot zu erzielen.

Ifd. Nr. 9 - Austausch des Teppichbodens

Der HH-Ansatz wird von 110.000 € um 85.000 € auf 25.000 € gekürzt. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob z. B. für die Verkehrsflächen/Flure auch PVC- oder ähnliche Beläge verwendet werden könnten.

Ifd. Nr. 10 - Behindertengerechter Eingang und Vordach

Der HH-Ansatz wird von 41.000 € um 6.000 € auf 35.000 € gekürzt (Wegfall der Überdachung Nebeneingang),

Ifd. Nr. 12 - Errichtung einer Photovoltaikanlage

wird mit Sperrvermerk versehen. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob das Projekt im Rahmen einer eigenen Gesellschaft und außerhalb des Haushaltes abzuwickeln ist. Gleiches gilt für Pos. 23.

Ifd. Nr. 18 - Generalsanierung und Erweiterung CO II

KR Strobel bittet im Einvernehmen mit der Schulleitung abzuklären, ob eine Vor-Ort-Beschulung in Bad Rodach bewerkstelligt werden könnte.

Ifd. Nr. 63 - Kreisstraße CO 17; Neubau der Erlbachbrücke bei Kleinwalbur

wird mit Sperrvermerk versehen. Das Thema Erhöhung der Traglast für LKW-Verkehr und landwirtschaftliche Fahrzeuge wird noch einmal ausführlich im Bauausschuss erörtert.

Ifd. Nr. 68 - Kreisstraße CO 25 - Generalsanierung Watzendorf - Seßlach

Der Betrag von 50.000 € (Planungskosten) wird ins HHJ 2012 verschoben.

lfd. Nr. 73 - Zuführung an den Verwaltungshaushalt ...

richtig muss es 2.270.000 € heißen

Der Vorsitzende stellt um 11.55 Uhr die Nichtöffentlichkeit her, um in die Beratungen zu lfd. Nr. 42, 49 und 62 einzutreten.

Beschluss:

Dem Kreistag wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Das gemäß Art. 64 LKrO i. V. m. § 24 KommHV für die Jahre 2010 – 2014 aufgestellte Investitionsprogramm des Landkreises Coburg wird unter Berücksichtigung der im Rahmen der Beratung festgelegten Änderungen gebilligt.

einstimmig

Die Sitzung wird von 12.30 Uhr bis 13.05 Uhr für eine Mittagspause unterbrochen.

**Zu Ö 10 Staatliche Realschule Coburg II;
Umbau, Erweiterung und Generalsanierung - erste Kostenschätzung
und Ermächtigung zur Auftragsvergabe für die Zweifachsporthalle**

Sachverhalt:

Bereits in der Sitzung des Schul- und Kulturausschusses am 12.12.2007 in der Staatlichen Realschule Coburg II wurde aufgrund einer Kostenschätzung des mit den Vorermittlungen betrauten Architektenteams von Gesamtkosten für die Generalsanierung mit Erweiterung und Umbau von 21.155.000 € ausgegangen.

Nach einer Überarbeitung und verschiedenen Anpassungen wurde für den Architektenwettbewerb ein Kostenrahmen von 18.400.000 € angenommen. Dieser Betrag wurde deshalb auch im Investitionsprogramm des Landkreises Coburg aufgenommen.

Aus dem Architektenwettbewerb im Jahr 2010 ging das Architekturbüro Gatz, Bamberg, als erster Preisträger hervor. Einer der Gründe für die Preisrichter war, dass der Wettbewerbsbeitrag ein wirtschaftliches Projekt erwarten lässt.

Eine erste Kostenschätzung des beauftragten Architekturbüros Christoph Gatz, Bamberg, auf der Grundlage der Wettbewerbsplanung wurde erarbeitet und in der Sitzung des Schul- und Kulturausschusses durch den Architekten vorgestellt. Diese Kostenschätzung wird zur Information eine Woche vor der Sitzung ins Ratsinformationssystem eingestellt werden.

Die Zustimmung zum Umbau, Erweiterung und Generalsanierung der Staatlichen Realschule Coburg II hat zwangsläufig weitere Investitionen von weit über 1 Mio. € zur Folge. Die Entscheidung hierüber fällt daher gemäß § 29 der Geschäftsordnung des Kreistages in der derzeit gültigen Fassung in die Zuständigkeit des Kreistages. Nachdem eine solche Entscheidung weiterreichende Auswirkungen für die kommenden Haushaltsjahre hat, ist diese Angelegenheit entsprechend der am 08.10.2009 geänderten Geschäftsordnung vor einer Entscheidung im Kreistag zunächst als Empfehlung an den Kreisausschuss zu überweisen.

aus der Beratung:

Auf Anregung von KRin Schubart-Eisenhardt werden die Planungsentwürfe in das RIS eingestellt und die Pläne am Tag der Kreistagssitzung im Sitzungssaal präsentiert.

Beschluss:

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Kreistag nimmt die vorgestellte Kostenschätzung des Architekturbüros Gatz, Bamberg, vom 31.01.2011 zur Kenntnis und stimmt dieser zu. Der Finanzplan und das Investitionsprogramm sind entsprechend der Kostenschätzung fortzuschreiben.
2. Die jeweiligen Arbeiten für den Neubau der Zweifachturnhalle im ersten Bauabschnitt sind nach öffentlicher Ausschreibung auf das annehmbarste Angebot zu vergeben. Zur Auftragsvergabe wird der Landrat ermächtigt und beauftragt. Die anfallenden Kosten sind aus der Haushaltsstelle 2201.9452 zu bezahlen.

einstimmig

Zu Ö 11 Planung einer gemeinsamen Mensa der Staatlichen Realschule Neustadt und des Staatlichen Arnold-Gymnasiums Neustadt

Sachverhalt:

An den weiterführenden Schulen in Neustadt b. Coburg ist ein gemeinsamer Bereich für die Mittagsversorgung geplant. Der Schul- und Kulturausschuss des Landkreises Coburg hat sich in seiner Sitzung vom 26. Oktober 2010 mit dem Integrationskonzept befasst, das Grundlage für den künftigen Betrieb der Mensa ist. Dabei wurde folgender Beschluss gefasst: "Der Schaffung von Ausbildungsplätzen für benachteiligte Jugendliche wird hohe Priorität eingeräumt. Der Umsetzung des Integrationskonzeptes „Voneinander lernen – miteinander gestalten!“ wird zugestimmt. Von den vorgelegten Planskizzen wird die Variante 2 favorisiert. Die endgültige Empfehlung an den Kreisausschuss und den Kreistag trifft der Schul- und Kulturausschuss in einer der nächsten Sitzungen".

Auf der Grundlage der Planskizze 2 wurde weiter gearbeitet. Die jetzige Planskizze entspricht in der Fläche in etwa diesen Vorgaben – die Aufteilung bzw. Nutzung der Räume wurde überarbeitet auch um die förderfähigen Flächen zu erhöhen.

Aufgabe der Verwaltung war es zu klären, inwieweit Förderungen der Flächen möglich sind und darauf zu achten, dass die vorgelegten Entwürfe förderunschädlich sind. Insbesondere durch die Flächen für das Ausbildungsprojekt und die Größe des Speisesaals als Ausgleich für die abzureißende Aula des Arnold-Gymnasiums sind die Hauptnutzflächen höher, als es das abstrakte Raumprogramm vorgibt.

Hinsichtlich der förderfähigen Flächen wurde am 11.01.2011 ein Gespräch bei der Regierung von Oberfranken geführt. Die Planungen sind förderunschädlich. Es ergeben sich voraussichtlich folgende förderfähige Hauptnutzflächen:

Küchen- und Ausgabebereich	162,15 m ²
Speisesaal	141,00 m ²
Mittagsbetreuung Arnold-Gymnasium	40,00 m ²
Mittagsbetreuung Realschule Neustadt	60,00 m ²
Mittagsbetreuung Realschule Neustadt	40,00 m ²
Büroräume für Sozialpädagogen Realschule Neustadt (Fehlbedarf aus dem abstrakten Raumprogramm Realschule Neustadt im Lehrerbereich)	28,15 m ²
Ausweichraum -Ethik, Religion- (Fehlbedarf aus dem abstrakten Raumprogramm Realschule Neustadt bei Ausweichraum)	42,00 m ²
	<u>513,30 m²</u>

Die förderfähigen Flächen untergliedern sich in 2 Bereiche:

Unter eine Förderung nach FAG + 15 % fallen die Bereich der Mittagsbetreuung (offene Ganztagschule), nur nach FAG gefördert werden die Bereiche Mittagsverpflegung und die Anteile aus dem abstrakten Raumprogramm der Realschule. Daraus ergeben sich förderfähige Kosten von ca. 1.690.000,-- € sowie ein voraussichtlich zu erwartender Zuschuss in Höhe von ca. 750.000,-- €.

Der Vorentwurf nach dem Planungsstand Dezember 2010 hat eine Hauptnutzfläche von 794,30 m².

Folgende hauptsächliche Abweichungen zum abstrakten Raumprogramm sind darin enthalten:

	abstraktes Raumprogramm		Entwurf
Küche			169,85 m ²
Ausgabe			42,48 m ²
Sozialräume			<u>64,89 m²</u>
	<u>162,15 m²</u>	+	115,07 m ²
			<u>277,22 m²</u>
Speisesaal	<u>141,00 m²</u>	+	47,42 m ²
			<u>188,42 m²</u>
Aufenthaltsraum Arnold-Gymnasium (im Speisesaal beinhaltet)	-- m ²	+	60,88 m ²
			<u>60,88 m²</u>

Der Überhang im Küchen-/Ausgabe- und Sozialbereich besteht im Wesentlichen aus den Mehrflächen für das Ausbildungsprojekt (ca. 50 m²) sowie Platzreserven für die Erhöhung der Essensteilnehmer sowie die Anlage eines angemessenen Ausgabebereiches (ca. 42 m²).

Die Bemessung des Speisesaals in den Richtzahlen geht von einem gleichmäßigen 2-Schichtbetrieb aus.

Zur Abfangung von Spitzenlasten und eventueller Erhöhungen der Essensteilnehmer sowie einer multifunktionalen Schulnutzung des Speisesaals in Zusammenhang mit dem Ausgabebereich entsteht in den Planungen eine Mehrung von ca. 45 m² zum abstrakten Raumprogramm.

Im abstrakten Raumprogramm ist der Aufenthaltsraum (60 m²) für eine Schule in den Speisesaal integriert. Bei einer Nutzung des Speisesaals durch 2 Schulen birgt diese Betrachtung erhebliche nicht zu bewältigende organisatorische Probleme.

Die nach dem derzeitigen Planungsstand nach BKI geschätzten Baukosten betragen ca. 2.350.000,-- €.

Darin enthalten sind die Aufwendungen für den Ausbau Standard ENEV 2009 + 30 % sowie die Kosten für den Abbruch des Gebäudebestandes (ehemalige Aula) und die Verlegung der Heizleitung zur Realschule.

Im Entwurf des Haushaltsplanes 2011 wurde ein Ansatz von 500.000 € aufgenommen für Planung, Abbruchkosten und Umverlegung der Heizleitungen.

Im Investitionsprogramm sind für den Bau der Ganztagesbetreuung insgesamt 2.350.000 vorgesehen.

Beschluss:

Dem Kreistag wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Vorbehaltlich der Ergebnisse der Haushaltsberatungen wird dem geplanten Umfang der Flächen für die Errichtung des gemeinsamen Offenen Ganztagesbereiches für die Staatliche Realschule Neustadt bei Coburg und das Staatlichen Arnold-Gymnasium Neustadt bei Coburg zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermittel zu beantragen. Die Umsetzung der Baumaßnahme sollte zügig erfolgen.

einstimmig

Zu Ö 12 Beratung des Haushaltsplanes 2011 (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt) und der Haushaltssatzung 2011

aus der Beratung:

Herr Lehrfeld setzt seinen Bericht mit den Ausführungen zum Verwaltungshaushalt 2011 fort (Anlage 1).

Zur EDV-Betreuung an Schulen kommt der Kreisausschuss überein, die vom Schul- und Kulturausschuss empfohlenen 3 x 0,5 Stellen = 1,5 Stellen vorzusehen, eine halbe Stelle jedoch mit einem Sperrvermerk zu versehen, bis verwertbare Erfahrungen/Ergebnisse vorliegen. Dann werde erneut darüber entschieden.

Herr Pillmann erläutert den Stellenplanentwurf 2011 und verdeutlicht anhand von Folien (Anlage 2) die Stellenplanentwicklung ab 2001 und die Personalkosten ab 2007. Weitere Folien zeigen die Personalkosten 2009 je Einwohner im Vergleich mit den oberfränkischen Landratsämtern.

Die Sitzungsvorlage hat folgenden Wortlaut:

Der Stellenplanentwurf für 2011 vom 03.02.2011 mit weiteren Erläuterungen und Grafiken wurde den Mitgliedern des Kreistages übersandt.

Der erste Entwurf wurde am 02.02.2011 mit den Fraktionsvorsitzenden der im Kreistag vertretenen Parteien und Gruppierungen vorbesprochen. Soweit Anregungen und Änderungen vorzunehmen waren, wurden sie eingearbeitet.

Im kommunalen Bereich sind 227 Stellen vorgesehen, 63 Beamtenstellen und 164 Stellen für tariflich Beschäftigte. Am 31.12. des Vorjahres tatsächlich besetzt sind 176,61 Stellen, davon 54,03 im Beamten- und 122,58 Stellen im Tarifbereich.

An Personalausgaben sind 10.625.000 € brutto veranschlagt.

Die feststehende Tarifierhöhung ist berücksichtigt; nicht veranschlagt sind mögliche Besoldungserhöhungen für 2011. Diese sind über die Deckungsreserve zu finanzieren. Dafür sind einschließlich leistungsbezogenen Besoldungselementen 50.000 € eingeplant. Für Beschäftigungen in Zusatzjobs sind 14.500 € vorgesehen. Somit sind an Personalausgaben insgesamt 10.689.500 € veranschlagt.

An Personalkostenersätzen sind 1.818.100 € eingeplant.

Die Netto-Personalaufwendungen betragen somit 8.871.400 €.

Auf die weiteren Erläuterungen zum Stellenplan 2011 und zu den Personalkosten wird hingewiesen.

weiter aus der Beratung:

Nicht im Stellenplan abgebildet sei die Betreuung von Asylbewerbern. Für diese erneut zugewiesene Aufgabe stehe kein Personal zur Verfügung. Benötigt würden 2,0 Vollzeitstellen. Die Verwaltung stehe mit der Regierung von Oberfranken in Verhandlung, um eine entsprechende Personalzuweisung zu erhalten. Der Kreisausschuss erklärt sich damit einverstanden, für die Betreuung der Asylbewerber 2,0 VZ im Stellenplan auszuweisen, jedoch ohne zusätzliche Mittel einzustellen. Die Finanzierung erfolgt u. a. über die Deckungsreserve im Personalbereich.

Des Weiteren wird der Stellenplan um die oben erwähnte halbe Stelle für EDV-Betreuung an Schulen ergänzt - mit Sperrvermerk.

Eine weitere Beratung des Stellenplans in nichtöffentlicher Sitzung ist nicht erforderlich.

Beschluss:

Dem Kreistag wird empfohlen, den Haushaltsplan 2011 (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt) und die Haushaltssatzung 2011 unter Berücksichtigung der in der Beratung vorgenommenen Änderungen und festgelegten Sperrvermerke zu verabschieden.

einstimmig

Zu Ö 13 Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts; Resolution des Landkreises Coburg gegen das neue Abfallrecht

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen beim Bayerischen Landkreistag sieht mit großer Sorge, dass die bayerischen Landkreise durch den Bundesgesetzentwurf für ein neues Kreislaufwirtschaftsgesetz in die Rolle des Lückenbüßers gedrängt werden sollen.

Der Bayerische Landkreistag empfiehlt daher den Kreistagen eine Stellungnahme/ Resolution gegen das neue Abfallrecht (siehe Anlage). In dieser fordern die mehr als 800 öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger in Deutschland vom Bund die Umsetzung des Bundesverwaltungsgerichtsurteils zur gewerblichen Altpapiersammlung: grundsätzliche Zuordnung aller Abfälle aus privaten Haushalten zu den Kommunen und Entscheidungsfreiheit über die Wertstoffeffassung vor Ort.

Der Inhalt und der genaue Wortlaut der Resolution kann der Anlage entnommen werden.

aus der Beratung:

Die Resolution soll an den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, an den Bayerischen Landkreistag sowie den Bayerischen Städtetag weitergeleitet werden.

Beschluss:

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag des Landkreises Coburg beschließt in Übereinstimmung mit den Positionen des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes die in der Anlage beigefügte Resolution zur Zukunft der kommunalen Abfallwirtschaft in Deutschland. Wesentlicher Kernpunkt der Resolution sind die grundsätzliche Zuordnung aller Abfälle aus privaten Haushalten zu den Kommunen und die Entscheidungsfreiheit über die Wertstoffverfassung vor Ort. Der Inhalt der Resolution wird zum Bestandteil des Beschlusses erklärt.

Der Kreistag des Landkreises Coburg fordert alle örtlichen Bundestagsabgeordneten auf, sich im Gesetzgebungsverfahren im Interesse der Bürgerinnen und Bürger für eine Stärkung der kommunalen Abfallentsorgung einzusetzen.

einstimmig

**Zu Ö 14 Verkehrspolitisches Positionspapier der Region Coburg
Strategiepapier zu den verkehrspolitischen Positionen in Stadt und
Landkreis Coburg als Argumentationsgrundlage in überregionalen Ko-
operationen, wie z.B. der Europäischen Metropolregion Nürnberg**

Sachverhalt:

Der Landkreis und die Stadt Coburg sind bekenkende Mitglieder der Europäischen Metropolregion Nürnberg (EMN). Deren Arbeit konzentriert sich in verschiedenen Gremien, Fachforen und Arbeitsgruppen.

Die Region Coburg (Stadt und Landkreis) bündelt ihre Kräfte im Zusammenspiel mit der Metropolregion, um mit einer möglichst einheitlichen Position als Teilraum an Gewicht und Bedeutung zu gewinnen. In gemeinsamer Abstimmung wurden in der Vergangenheit die themenspezifischen Mitglieder für die Gremien und Arbeitskreise der EMN benannt. Exemplarisch kann hier genannt werden:

- a) Rat der EMN: Landrat Michael Busch, Oberbürgermeister Norbert Kastner
- b) Forum Wirtschaft und Infrastruktur: Dr. Eberhardt, Vorstand HUK-Coburg
- c) Forum Wissenschaft: Prof. Dr. Pötzl, Präsident Hochschule Coburg
- d) Forum Verkehr und Planung: Herr Scheler, Schenker AG
- e) Forum Kultur: Martina Berger, Sozialplanerin und Bgm Norbert Tessmer
- f) Forum Sport: Eberhard Fröbel, Sportamtsleiter Coburg
- g) Forum Tourismus:
Waldtraut Gulder, TC Coburg, Dorothea Beck, Deutsche Spielzeugstrasse e.V.
- h) Arbeitskreis Wirtschaftsförderer: Stephan Horn; Martin Schmitz
- i) Arbeitskreis Energie: André Lomsky
- j) Arbeitskreis „EU-Regiestelle“: Martin Schmitz

Die Coburger Akteure in der EMN treffen sich in regelmäßigen Abständen in Coburg, um sich gegenseitig über die Aktivitäten in den Gremien zu informieren und abzustimmen.

In einem Abstimmungstermin am 09.02.2010 hat der Coburger Vertreter Harald Scheler (Schenker AG) vorgetragen, dass es für seine Arbeit im Forum Verkehr und Planung wichtig sei, gemeinsame Coburger Verkehrsinteressen zu vertreten. Dies sei umso mehr notwendig, als im Forum Verkehr und Planung wiederum metropolitane Positionen zum Thema „Verkehr“ fixiert würden. Möchte die Region Coburg in der Kooperation mit den anderen Gebietskörperschaften der EMN Gehör finden, bedarf es einer regionalen Positionierung.

Am 23.03.2010 traf sich eine Arbeitsgruppe aus Fachleuten der Coburger Gebietskörperschaften und Kammern zu einem Arbeitsgespräch zur Konzeptionierung eines verkehrspolitischen Positionspapiers der Region Coburg. Die Federführung übernahm seinerzeit Herr Hinterleitner, Mitarbeiter im Büro des Oberbürgermeisters. Der Landkreis Coburg war durch Wirtschaftsförderer Martin Schmitz vertreten. Nach mehreren Abstimmungsrunden wurde auf der fachlichen Ebene das verkehrspolitische Positionspapier im Entwurf am 29.10.2010 abgeschlossen und ging fortan in die Beratung mit OB Norbert Kastner, Landrat Michael Busch, Präsident Friedrich Herdan und Harald Scheler. Am 02.12.2010 wurde der Entwurf in besagter Runde nachbesprochen, modifiziert und ergänzt.

Nach erfolgter Abstimmung mit den (politischen) Gremien der beteiligten Coburger Institutionen ist geplant, das verkehrspolitische Positionspapier am 11. März 2010 mit Unterschrift der beteiligten Akteure zu verabschieden.

Auf den Entwurfstext des verkehrspolitischen Positionspapiers der Region Coburg im Anhang wird hingewiesen.

aus der Beratung:

Im Wesentlichen - so der Vorsitzende - sei lediglich eine Passage strittig, nämlich zum Thema Güterverkehr auf Seite 4 der Klammerzusatz „(z. B. über die sog. Werrabahn realisierbar)“. Dies werde er nicht unterschreiben. Allem Übrigen, auch der Formulierung zum Verkehrslandeplatz, um die lange gerungen worden sei, könne er zustimmen.

Weil der Vorsitzende die Passage Werrabahn nicht alleine tragen könne, wolle er eine Entscheidung im Kreistag herbeiführen. Möglicherweise werde es im Ergebnis keine gemeinsame Position dazu geben. Die Stadt Coburg werde gegen den Willen des Landkreises nicht den Lückenschluss Werrabahn einfordern.

Eine Empfehlung an den Kreistag erfolgt nicht. Das Positionspapier solle in den Fraktionen diskutiert und evtl. Änderungswünsche dem Wirtschaftsförderer Martin Schmitz mitgeteilt werden, damit diese eingearbeitet werden können.

Zu Ö 15 Anfragen

Zum Thema Müllabfuhr liegt eine Anfrage von KR Thomas Lesch vor; sie hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Landrat, lieber Michael,

wie persönlich bereits vorbesprochen, hier meine Anfrage zur Abfuhr der „gelben Tonne“ in schriftlicher Form:

Im Dezember 2010 kam es in den Rödentaler Stadtteilen Rothenhof (Straße „Am Berg“) und Kipfendorf (Straße „Schwarze Leite“) z. T. an beiden Dezember-Abfuhrterminen zu

Problemen, die wohl aus der seinerzeit problematischen Witterungssituation (starke Schneefälle, verengte Fahrbahnen, starkes Gefälle der o. g. Straßen) resultierten. In beiden gen. Straßen fand eine Leerung weder an den Abfuhrtagen, noch an den Tagen danach, statt. Nach meinen bisherigen Informationen könnte dies mit nicht ausreichender Winterrüstung der eingesetzten Lkws zusammen hängen.

Ich bitte um Mitteilung, welche Möglichkeiten der Einflussnahme das Landratsamt auf die beauftragte Firma besitzt. Oder müssen sich betroffene Bürger notfalls selbst bei der beauftragten Firma beschweren? Nach einer tel. Auskunft aus dem zuständigen Amt gab es in der Vergangenheit schon andere Probleme mit dieser Firma.

Deiner Antwort in der o. g. Sitzung (KA 17.02.2011) sehe ich mit Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen
Thomas Lesch

Abfallberater Wolfgang Sommer berichtet von erheblichen Schwierigkeiten mit der Abfuhr aller Tonnen im Dezember und Januar. Die Abfuhr der schwarzen Tonne wurde neu der Firma Sita übertragen. Abgesehen von den witterungsbedingten Problemen seien teilweise auch keine ausreichenden Ortskenntnisse vorhanden gewesen. Mittlerweile habe sich die Situation wieder beruhigt.

Was die Abfuhr der gelben Tonne anbelange, stehe der Landkreis in keinem direkten Vertragsverhältnis und habe demzufolge auch keine direkte Einwirkungsmöglichkeit, wenn die Leistungen nicht den Erwartungen entsprechen. Zwar habe das Landratsamt versucht, auf telefonischem Wege bei der Abfuhrfirma EWS aus Heubisch den Beschwerden der Bürger abzuwehren. Nachdem dies nicht erfolgreich war, habe man sich an den Auftraggeber, die DSD GmbH in Augsburg gewandt; diese habe allerdings nicht schnell genug reagieren können.

Abschließend bittet Herr Sommer, bei ihm und seinen Mitarbeitern Bescheid zu geben, wenn erneut Schwierigkeiten auftreten sollten.

Der Vorsitzende dankt ausdrücklich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Aufgabenbereich Abfallentsorgung. Sie haben mit großer Freundlichkeit und viel Geduld sich der Belange der Bürger angenommen, über 22.000 Bescheide erlassen und viele Änderungswünsche zwischenzeitlich erledigt.

Eine weitere Anfrage der CSU/LV-Fraktion betrifft den Kostenbedarf für Straßenunterhalt bzw. Beseitigung von Winterschäden. Die Anfrage hat Hans-Joachim Knauer in den Fraktionen bereits beantwortet.

Der Vorsitzende legt Wert darauf festzustellen, dass durch einen soliden Unterhalt in den vergangenen Jahren und durch die vom Kreistag zur Verfügung gestellten Finanzmittel die Straßen in einem guten Zustand seien, denen der Winter nicht all zuviel anhaben konnte, wie in anderen Regionen. Deshalb würden für den Kreisstraßenunterhalt keine zusätzlichen Mittel benötigt. Ein kontinuierlich guter Ausbau trage dazu bei, das Straßennetz in Ordnung zu halten.

Coburg, 04.03.2011

Vorsitzender
Michael Busch, Landrat

Schriftführerin
Margot Czaplinski